

TOP 5: Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer
- Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur -

Beschluss:

Der Ministerrat stimmt der Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Finanzierung des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer zu und ermächtigt den zuständigen Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen.

Erläuterungen:

Auf der Basis einer Evaluierung aus den Jahren 2013/2014 und einer Empfehlung des Senats der Leibniz-Gemeinschaft hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) am 17. April 2015 beschlossen, dass das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer zum 31. Dezember 2015 aus der Leibniz-Gemeinschaft und nach einer Auslauffinanzierung in den Jahren 2016-2018 in Höhe des bisherigen Haushalts von 2,692 Mio. Euro zum 31. Dezember 2018 auch aus der gemeinsamen Finanzierung durch die GWK ausscheidet.

Mit der Ratifizierung der Verwaltungsvereinbarung wird die rechtliche Grundlage für die Fortführung der gemeinsamen Finanzierung des FÖV durch Bund und Länder ab 2019 außerhalb des GWK-Abkommens geschaffen.

Mit dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung kommt ein Reformprozess zum Abschluss, mit dem erreicht wurde, das Forschungsinstitut neu zu strukturieren und auf die zukünftigen Bedarfe der öffentlichen Verwaltung auszurichten und die Mitfinanzierung des Instituts durch Bund und Länder im bisherigen Umfang über 2018 hinaus abzusichern. Dies stärkt insgesamt den Campus Speyer mit dem FÖV sowie der Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften (DUV) und dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) als bundesweit einmaliges

interdisziplinäres Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften und für den Wissenstransfer in die Verwaltungspraxis.